

Neofaschismus und Landwirtschaft in der BRD

Dieser Aufsatz wird erschwert dadurch, daß es in der BRD keine einzige empirische Studie jüngeren Datums gibt, die sich mit dem Verhältnis von Neofaschismus und Landwirtschaft eingehend auseinandersetzt. erinnert man sich an die Bedeutung der Landwirte für die faschistische Massenbasis vor und nach 1933, so muß dieser Mangel als besonders bedenklich angesehen werden.

Von dieser Arbeit können deshalb nur vorläufige Ergebnisse erwartet werden. Vor allem ist es nicht möglich, die Nebenerwerbslandwirte¹⁾ zu isolieren und als eigene Gruppe zu untersuchen.

Vergleicht man für die Jahre 1966 und 1968 die Parteipräferenz²⁾ der Landwirte mit der der Gesamtbevölkerung, so fällt mit Blick auf die NPD auf³⁾,

— daß die Präferenz der Landwirte für die NPD größer ist als die der Gesamtbevölkerung (1,3 vH bzw. 1,5 vH gegenüber 1 vH bzw. 2,3 vH);

— daß die Zunahme der NPD-Präferenz bei den Landwirten erheblich größer ist als bei der Gesamtbevölkerung (+ 3,8 vH gegenüber + 1,3 vH).

Eine grobe räumliche Gliederung zeigt bereits, daß die Bereitschaft der Landwirte, die Neofaschisten zu unterstützen, nicht überall gleich groß ist. Es existiert ein deutliches Nord-Süd-Gefälle in der Präferenz für die NPD³⁾: im Norden (Niedersachsen und Schleswig-Holstein) ist sie weitaus am größten; sie schnellte von 1,4 vH (1966) auf 11,6 vH (1968); in der Mitte (Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen) erreicht sie kaum den halben Wert; sie steigt von 1,2 vH (1966) auf 5 vH (1968); im Süden (Bayern und Baden-Württemberg) ist ihr Anstieg viel geringer; sie klettert von 1,2 vH (1966) auf 2 vH (1968).

Nun könnte man annehmen, daß die NPD-Sympathisanten vor allem in den Betriebsgrößenklassen zu finden sind, die in den letzten Jahren am stärksten dezimiert wurden. Aber von 1960 bis 1968 nahmen die Betriebe der Größenklasse 5—10 ha um 23,1 vH, die von 10—20 ha um 0,2 vH ab⁴⁾; die NPD-Präferenz der Landwirte mit Höfen von 5—20 ha betrug 1968 4,6 vH³⁾. Von 1960 bis 1968 nahmen die Betriebe der Größenklasse 20—50 ha um 17,9 vH zu⁴⁾; die NPD-Präferenz der Landwirte mit Höfen von 20 ha und mehr betrug 1968 10,9 vH³⁾.

Neben dem Nord-Süd-Gefälle und neben der Betriebsgröße ist das „Gewicht“ der Landwirte in einer Region von Bedeutung für die Unterstützung der NPD. Bei der Landtagswahl in Hessen z. B., bei der die NPD insgesamt 7,9 vH der Stimmen erhielt, erreichte sie mit 12,2 vH ihren höchsten Stimmenanteil in Gemeinden, in denen über 75 vH der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiteten; mit 10,8 vH der Stimmen folgten die Gemeinden, in denen zwischen 45 und 55 vH der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren, dicht auf⁵⁾. Bezieht man dagegen den NPD-Stimmenanteil

1) Nebenerwerbslandwirte sind solche Landwirte, die ihr Haupteinkommen aus dem nicht-landwirtschaftlichen Bereich beziehen.

2) Eine typische Frage zur Ermittlung der Parteipräferenz ist z. B.: "Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächste Woche Bundes-Landtagswahl wäre?" Da die Unterstützung der neofaschistischen NPD bisher erst von einem „harten Kern“ offen zugegeben wird, ermittelt man mit der Parteipräferenz nur einen Teil der NPD-Sympathisanten. So gaben z. B. vor der Landtagswahl in Hessen bei einer Umfrage nur 1 vH der Interviewten an, die NPD wählen zu wollen; am Wahlsonntag gaben aber etwa 7,8 vH der Bevölkerung dieser Partei ihre Stimme. Dazu: Klaus Liepelt, „Anhänger der Neuen Rechtspartei“, in „Politische Vierteljahres-Schrift“, VII. Jhrg. 1967 S. 237 f.

3) Die Zahlen wurden dem Autor vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschungen, Köln, Projekt Rechtsradikalismus, zur Verfügung gestellt.

4) „Grüner Bericht 1969“, Bonn 1969 S. 22.

nicht auf einzelne Gemeinden, sondern auf Regionen, die nach ökologischen Gesichtspunkten aggregiert sind, so stellt man fest, daß die NPD mit 12,6 vH in den Regionen ihren höchsten Stimmenanteil erhielt, in denen über 30 und unter 50 vH der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiteten ⁵⁾).

Faktoren, die zur Unterstützung durch die Landwirte beitragen

Liepelt hat belegt, daß es eine enge Beziehung zwischen der subjektiven Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen individuellen *wirtschaftlichen Lage* und der Sympathie für die NPD gibt⁶⁾:

„Diese Verbindung zwischen der Einschätzung der privaten Wirtschaftslage und der Bereitschaft, es auch einmal mit der NPD zu versuchen, zeigt sich in fast allen Bevölkerungsgruppen: je pessimistischer die Wirtschaftserwartung, um so größer das Wählerpotential der NPD.“

Vergleicht man damit die wirtschaftlichen Erwartungen der Landwirte, so wird deutlich, daß hier ein wesentlicher Grund für die Unterstützung der NPD zu suchen ist ⁷⁾:

„Im Herbst 1965 waren noch 31 vH der Befragten — die Befragung umfaßte 1350 Landwirte — der Ansicht, daß sich die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in den vergangenen 5 Jahren verbessert habe, 1966 waren nur noch 23 vH und 1967 nur noch 17 vH dieser Meinung. Dagegen stieg die Meinung einer Verschlechterung von 25 vH im Jahre 1965 auf 35 vH im Jahre 1966 und 52 vH im Jahre 1967. Von der künftigen Entwicklung erwarteten 1965 noch 11 vH eine Verbesserung, 14 vH eine Verschlechterung und 72 vH keine Änderung. 1967 rechneten 3 vH mit einer Verbesserung und 72 vH mit keiner Änderung. 1967 rechneten 3 vH mit einer Verbesserung, 50 vH mit einer Verschlechterung und 45 vH mit keiner Änderung.“

Da nun die objektive wirtschaftliche Lage der Landwirte mit Höfen größer als 20 ha, die der NPD ja besonders große Sympathie entgegenbringen, im Mittel weder im Vergleich mit ihrer vergangenen Einkommenssituation noch im Vergleich mit der Einkommensentwicklung der üblicherweise als vergleichbar angesehenen Berufe Anlaß für eine derartig pessimistische Einstellung sein kann (das durchschnittliche Roheinkommen je Familienarbeitskraft betrug im Bundesgebiet z. B. im Wirtschaftsjahr 1967/68 bei den Betrieben zwischen 20 bis unter 50 ha landwirtschaftliche Nutzfläche [LN] 13 839 DM, bei den Betrieben mit 50 ha LN und mehr 31 863 DM) ⁸⁾ ist anzunehmen, daß außerwirtschaftliche Faktoren in die Ausprägung der wirtschaftlichen Erwartungen dieser Landwirte eingehen.

Der Anteil der Landwirte an der Gesamtbevölkerung nimmt ständig ab. Von 17,9 vH im Jahre 1939 fiel er bis 1950 auf 14,7 vH; 1961 betrug er noch 8 vH).

In einem Gesellschaftssystem in dem das politische Gewicht einer Berufsgruppe als abhängig angesehen wird von der Zahl der Stimmzettel, die von ihren Angehörigen bei der Wahl abgegeben werden, wird diese Abnahme empfunden als *Rückgang des Einflusses* auf die politische Entwicklung. Das wiegt bei den Landwirten besonders schwer, sprudelten sie doch noch vor 30 Jahren als „Blutsquell der Nation“, gebaren den „Neuadel aus Blut und Boden“ und bildeten das „Rückgrat der Wehrkraft“.

5) „Die NPD in den Landtagswahlen 1966-1968“, Hrsg. Scheuch-Klingemann-Herz, Universität Köln, November 1969 (als Manuskript vervielfältigt), S. 28.

6) Klaus Liepelt a.a.O. S. 256.

7) „Frankfurter Rundschau“, 5. 11. 1968.

8) „Grüner Bericht“ a.a.O. S. 62.

9) U. Planck: „Ländliche Soziologie“ (Hohenheim 1968), vervielfältigtes Manuskript, S. 66.

Bis vor wenigen Jahren standen die größeren Bauern unangefochten an der Spitze der *Dorfhierarchie*. Durch die privatrechtliche Verfügung über ihren Grundbesitz hatten sie, solange es kaum außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze in der Nähe des Dorfes gab, ein Boden- und Arbeitsoligopol; dieser wirtschaftlichen Stärke entsprang ihre politische Macht.

Mit der abnehmenden Bedeutung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft geht eine abnehmende Bedeutung des landwirtschaftlich genutzten Grundeigentums einher. Die Entwicklung zur arbeitsteiligen, hochspezialisierten Wirtschaft weist dem Bareinkommen eine immer größere Bedeutung zu. Daß diese Entwicklung auch im Dorf einsetzen konnte, hatte zur Voraussetzung, daß nicht mehr wie bisher die nicht in der Landwirtschaft Beschäftigten aus dem Dorf abwanderten, sondern ihren Wohnsitz beibehielten und als Pendler außerhalb des Dorfes arbeiteten. Da das dafür notwendige Verkehrsnetz in den meisten Gebieten inzwischen geschaffen worden ist, haben nur noch wenige Dörfer den Charakter des reinen Bauerndorfs behalten.

Die Pendler und ihre Familien lockern das Dorfgefüge auf, denn zum einen sind sie von den bisherigen Hierarchen wirtschaftlich unabhängig, zum anderen entwickeln sie abweichende Lebensformen. Freizeit, Urlaub und Bareinkommen dieser Gruppe, die der Bauer in seiner Nachbarschaft ständig vor Augen hat, zeigen ihm sein relatives Zurückbleiben an. Dieses „soziale Trauma der Landwirtschaft“ ist nicht überall gleich stark¹⁰⁾:

„Das gilt nicht für Baden-Württemberg mit seinem Arbeiterbauerntum und nur begrenzt für Gebiete wie Rheinland-Pfalz oder das Saarland; es gilt ausgeprägt für ganz Norddeutschland und besonders wieder für die Landschaften mit größeren landwirtschaftlichen Betrieben, die die Führerpersönlichkeiten der bäuerlichen Berufsvertretung stellen.“

Spezifisch-bäuerliche Wirtschaftsauffassung

Das wirtschaftliche Verhalten der Landwirte weicht deutlich von dem in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft üblichen ab. So gibt es unter Landwirten keine intraberufliche Konkurrenz. Neue Produktionstechniken werden im Gegensatz zur industriellen Wirtschaft nicht patentiert, sondern mit dem Nachbarn diskutiert und weitergegeben.

Die wirtschaftlichen Überlegungen eines großen Teils der Landwirte orientieren sich nicht an der Profitmaximierung, sondern an der Erhaltung eines gewohnheitsmäßigen Einkommens. Weil dadurch produktionstechnische Möglichkeiten häufig nicht voll ausgeschöpft werden, kommt es zu der für bürgerliche Ökonomen irren Erscheinung, daß Landwirte auf fallende Preise mit einer Erhöhung der Produktion reagieren. Diese „inverse“ Reaktion ist so weit verbreitet, daß eine Beseitigung der Überschüsse bei Agrarprodukten in der EWG durch eine Preissenkung allein keine Hoffnung auf Erfolg haben kann.

Daß die Wirtschaftsauffassung der Landwirte die der ständischen, nicht der kapitalistischen Wirtschaft, ist, läßt sich auch an ihrer Einstellung zum Kredit erkennen. Während 70 vH der Landwirte bereit sind, Kredite zur Finanzierung aufzunehmen, wird der Kredit gleichzeitig von 50 vH der Landwirte emotionell negativ beurteilt; 3 von 4 Landwirten, die eine negative Einstellung zum Kredit haben, wollen trotzdem mit ihm arbeiten¹¹⁾.

Die ständische Wirtschaftsgesinnung verursacht eine enorme Verunsicherung bei den Landwirten, seit es nicht mehr um Produktion um jeden Preis, sondern um Produktion

10) Dietmar Stutzer: „Die Bauern heute“ in „Die politische Meinung“. 1967, Heft 1, S. 67.

11) József Haris: „Einstellung der landwirtschaftlichen Betriebsleiter zu Krediteinsatz und Kreditverwendung“, Dissertation Honenheim, 1965, S. 131 f.

für den Markt geht. Da einerseits diese Entwicklung zusammenfällt mit und forciert wird durch die Integration der bundesrepublikanischen Landwirtschaft in die EWG und andererseits alle etablierten Parteien eine weitergehende Integration innerhalb der EWG fordern, setzt ein erheblicher Teil der Landwirte, die eine Verschlechterung ihrer Lage durch die EWG befürchten (1967 waren das immerhin 64 vH aller Landwirte¹²), auf die Karte der NPD, die ja nicht müde wird, vor dem Ausverkauf der „deutschen“ Landwirtschaft zu warnen.

Die Politik des Deutschen Bauern-Verbandes (DBV)

Auf den ersten Blick verblüfft es, daß die Landwirte einerseits mit einer Wahlbeteiligung von über 90 vH an der Spitze aller Berufsgruppen stehen¹³), andererseits kaum Interesse für Politik zeigen; bei einer Umfrage im Frühjahr 1963 antworteten auf die Frage „Interessieren Sie sich für Politik?“¹⁴)

- 25 vH aller Befragten „Ja, ich interessiere mich“, bei den Landwirten dagegen nur 17 vH;
- 28 vH aller Befragten „etwas“, bei den Landwirten dagegen 23 vH;
- 25 vH aller Befragten „nicht sehr“, bei den Landwirten aber 28 vH;
- 22 vH aller Befragten „überhaupt nicht“, bei den Landwirten dagegen 32 vH.

Dieser Widerspruch deutet darauf hin, daß das in der hohen Wahlbeteiligung zum Ausdruck kommende Interesse nicht so sehr von den Landwirten selbst, sondern vielmehr von einer Organisation ausgeht, in der die Landwirte fest integriert sind und von der sie Handlungsdirektiven erhalten. Da einerseits 70—85 vH aller Landwirte Mitglied des DBV sind und andererseits dieser eine Monopolstellung in der „berufsständischen“ Interessenvertretung der bundesrepublikanischen Landwirte hat, kann es sich bei dieser Organisation nur um den DBV handeln.

Untersucht man den Einfluß des DBV auf die für die Landwirte relevanten Informationsträger, so stellt man fest, daß es bereits seit 1950/51 21 vom DBV eingerichtete Bauernschulen gibt, in denen die überdurchschnittlich interessierten Landwirte ausgebildet werden¹⁵); daß es 15 von Organisationen des DBV kontrollierte oder herausgegebene landwirtschaftliche Wochenblätter mit einer Gesamtauflage von 650 000 und einem Leserkreis von 2,4 Millionen gibt (1962)¹⁶), und daß die Redaktionen der Landfunksendungen dem DBV zumeist sehr nahe stehen¹⁷). Eine Analyse der Publikationen des DBV zeigt, daß der Strukturwandel in der Landwirtschaft lange Jahre vollkommen ignoriert¹⁸) und daß die ständische Wirtschaftsgesinnung nicht abgebaut, sondern verstärkt wurde¹⁹).

Die Zwickmühle, in der sich die Bauern befinden, läßt sich folgendermaßen skizzieren: Auf der einen Seite konnte die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft durch die Substitution von Arbeit durch Kapital stark gesteigert werden; dem steht einerseits eine nur sehr langsam wachsende Bevölkerungszahl, andererseits eine sehr ge-

12) „Frankfurter Rundschau“, 5. 11. 1968.

13) Erich Reigrotzki: „Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik“, Tübingen 1956, S. 103.

14) Stutzer a.a.O. S. 69.

15) Hans Bürger: „Die landwirtschaftliche Interessenvertretung in der Zeit von 1933 bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung der westdeutschen Verhältnisse“, Dissertation Erlangen—Nürnberg, 1967, S. 211.

16) Joachim Ziehe: „Der Einfluß von Presse und Funk auf das agrarpolitische Meinungsbild der Öffentlichkeit“ in „Agrarpolitik und Marktwesen“, Heft 3, 1964, S. 22.

17) „Da die Landwirtschaft . . . bei jeder Rundfunkanstalt . . . ihre Vertreter sitzen (hat, ist sie) von dieser Seite her . . . grundsätzlich zufrieden.“ Horst Soeldner: „Landwirtschaft, Rundfunk und Fernsehen“ in „Deutsche Bauernkorrespondenz“, 30. 4. 1961.

18) Joachim Ziehe, a.a.O. S. 60 f.

19) Hans Bürger, a.a.O. S. 212 f.

ringe Preiselastizität der Nachfrage gegenüber²⁰). Die Aufhebung dieses Spannungsverhältnisses kann nun entweder darin bestehen, daß sich bei konstanter Zahl an Landwirten das Pro-Kopf-Einkommen vermindert, oder daß durch eine Verminderung der Zahl der Landwirte das Pro-Kopf-Einkommen gehalten bzw. gesteigert wird (vorausgesetzt, man akzeptiert eine ständige Überproduktion nicht als Lösung).

Der DBV forderte dagegen bis vor wenigen Monaten mit aller Schärfe beides: Erhaltung der Zahl der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen und Erhöhung des Einkommens. Den Landwirten wurde damit ein "Wunschbild vorgegaukelt, das auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten war. Diese Politik des DBV wird besser verständlich, wenn man die Herkunft seiner Funktionäre berücksichtigt. Sowohl im Generalsekretariat als auch in den Hauptgeschäftsstellen finden sich fast ausschließlich Personen, die führende Positionen im Reichsnährstand oder (und) im Reichslandbund bzw. im Bauernbund innehatten²¹). Die allgemeine Kontinuität zwischen nationalsozialistischer und bundesrepublikanischer Gesellschaft findet im DBV einen Kulminationspunkt. Es war kein geringerer als der langjährige Präsident des DBV und Vorsitzender des Landvolksverbandes Niedersachsens *Edmund Rehwinkel*, der bei der Bundestagswahl 1969 als Wahlrommler für die NPD auftrat²²):

„Ich bin auch verbittert über die Agrar- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik und die Wortbrüche gegen mich und das Bauerntum. Auch ist es für mich nicht mehr zumutbar, daß ich als Wirtschaftspolitiker und Bauernführer ständig mit den schärfsten Waffen die gleichen Leute bekämpfen soll, die von den Bauern noch treu und brav immer wieder gewählt wurden.“

Es überrascht denn auch kaum mehr, daß die NPD-Präferenz bei organisierten Landwirten²³ mehr als sechsmal so hoch ist wie bei nichtorganisierten (8,8 vH gegenüber 1,4 vH³)²⁴).

Landwirte und Taschismus

Es bleibt noch die Frage zu beantworten, warum die Landwirte, die sich durch die etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlen, eine neofaschistische Partei unterstützen.

Die bäuerliche Familie zeichnet sich durch eine ungewöhnliche Abhängigkeit aus. Dadurch, daß sie Haushalts-, Versorgungs- und Betriebsgemeinschaft ist, können ihre Mitglieder vom Vater ständig kontrolliert werden. Da es außerhalb der Landwirtschaft lange Zeit keine Arbeitsplätze gab bzw. wegen der fehlenden Schul- und Berufsvorbildung ein derartiger Wechsel einer sozialen Deklassierung (im Bewußtsein des Betroffenen) gleichkam, war die Abhängigkeit der Kinder vom Vater total. Das wog um so schwerer, als der Vater so lange als möglich Bauer bleiben wollte. Die Abgabe des Be-

20) Das stimmt allerdings nur, wenn man sich auf den empirischen Befund beschränkt. Da es aber noch große Bevölkerungsgruppen gibt, die sehr sparsam beim Einkauf von Lebensmitteln sein müssen — z. B. betrug die durchschnittliche monatliche Arbeiterrente Anfang 1967 ganze 233,50 DM (Quelle: Stat. Jahrbuch für die BRD 1968, S. 381) —, würde eine radikale Einkommensumschichtung eine Nachfragesteigerung nach Agrarprodukten hervorrufen.

21) Dafür findet man eine Fülle von Beispielen bei Hans Bürger, a.a.O., und Wilhelm Herfeht: „Der faschistische Reichsnährstand und die Stellung seiner Funktionäre im Bonner Staat“ in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaften“, Jhrg. 10 Heft 5, Berlin/Ost 1962.

22) „NPD-Kurier“ III, Hannover 1969.

23) DBV und bäuerliche Genossenschaft.

24) Exkurs: Es sei erwähnt, daß auch die akademischen landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten munter zur Reproduktion der Bauernsideologie beitragen. Sätze wie „Das Bauerntum ist heute, mehr noch als 1848, ein Wall gegen den sozialen Umsturz, den Bolschewismus“ und „Zum Gleichgewicht der Volksordnung, zu ihrer Gesundheit, gehört ein kräftiger Bauernstand. Es ist die große Aufgabe der heutigen Agrarpolitik, ihm im Volksganzen die Stellung zu geben, die ihm zukommt“ fließen erst vor einigen Jahren aus der Feder eines „angesehenen“ Agrarhistorikers (Günther Franz: „Politische Geschichte des Bauerntums“, Celle 1959, S. 23).

triebes an den Sohn war für ihn gleichbedeutend mit der Aufgabe der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Sicherheit.

Auf die Tatsache, daß die wirtschaftliche Position des Vaters in direkter Beziehung zu seiner Stellung in der Familie steht, weist auch eine neuere Untersuchung unter bundesrepublikanischen Landwirten²⁵): „Je größer der Hof, desto größer die Macht des Bauern.“

Die Abhängigkeit des Kindes vom Bauern, die nur eine Umschreibung für dessen autoritäre Stellung ist, ist so groß, daß selbst die unter bürgerlichen Familienverhältnissen „natürlichen“ (ödüpalen) Beziehungen zwischen Vater-Tochter, Mutter-Sohn modifiziert werden²⁶):

„Das heißt: die bäuerliche Familie stellt den extremen Typ der patriarchalischen Familie dar, in der nicht die Gefühle in der Art zwischen Vater und Mutter geteilt sind, daß jenem mehr Ehrfurcht, dieser mehr die Liebe gilt, sondern so, daß der Vater das Hauptobjekt der emotioneilen Beziehung ist. Indem der Vater das Hauptobjekt der emotioneilen Beziehung ist, erhöht sich seine Autorität, da sie nicht durch die Eifersucht erschüttert, sondern im Gegenteil durch die Liebe gestärkt wird.“

Die Folge davon ist die Ausbildung eines besonders starken Ober-Ich, und damit gleichzeitig eine Schwächung der Ich-Entwicklung, deren Stärke aber gerade die Voraussetzung für ein späteres selbständiges Handeln darstellt. Von einer Autorität geführt zu werden, wird deshalb von dem so Strukturierten nicht als Fremdbestimmung bekämpft, sondern als selbstverständlicher Zustand gefordert.

Als Ergänzung sei noch hinzugefügt, daß die gute Überschaubarkeit des Dorfes und die Möglichkeit, ein ganzes Arsenal von Sanktionsmöglichkeiten einzusetzen, die autoritäre Struktur der Familie noch ergänzen. Eine Folge der autoritären Grundstruktur ist die Unfähigkeit, sich qualitativ neuwertige Gesellschaftsformen vorzustellen. Sicherheit ist der Schlachtruf, nicht Revolution. Sicherheit bedeutet aber vor allem: Erhaltung der bekannten, auf Eigentum basierenden Gesellschaft. Das ist der Grund, weshalb Millionen Landwirte als Miniaturbesitzer Eigentumsideologie und (daraus abgeleitete) Gesellschaftsvorstellungen vertreten wie die paar Dutzend Großkapitalisten, und weshalb sie sich an deren rabiaten Kampf gegen den Demokratisierungsprozeß beteiligen.

„Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“²⁷)

„Oder nehmen Sie einen Bauern bei der Landagitation, die wir gemacht haben. Er ist gegen uns gewesen, weil er gesagt hat, wir wollen ihm alles wegnehmen, aber dann haben ihm die Bank und der Gutsbesitzer alles weggenommen.“²⁸)

„Nicht nur ist der Kleinbesitzer mit dem Großbesitzer als Privateigentümer identifiziert; das hätte wenig Gewicht, wenn nicht mit dem Klein- und Mittelbesitz eine ideologische Atmosphäre erhalten bliebe, die der kleinwirtschaftenden Familie, aus der die besten nationalistischen Krieger hervorzugehen pflegen.“²⁹)

25) Eugen Lupri: „Contemporary Authority Patterns in the West German Family: A Study in Cross-National Validation“ in: „Journal Of Marriage And The Family“, Vol. XXXI No. 1, Februar 1969, S. 138.

26) Andries Sternheim, Ernst Schachtel: „Sachverständigenerhebung“ in „Studien über Autorität und Familie“, Paris 1936, S. 308.

27) Karl Marx, Friedrich Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“, Berlin 1963, S. 55.

28) Bertholt Brecht: „Flüchtlingsgespräche“, Frankfurt 1967, S. 111.

29) Wilhelm Reich: „Massenpsychologie des Faschismus“, Raubdruck, S. 81.